

## Ortschaftsrat am 6.6.2016 – Anlage: Einzelheiten zum TOP 5:

### 5 Bericht des Ortsbürgermeisters / Beschlusskontrolle / Neues aus Stadtrat, Verwaltung und Arbeitsgruppen

Ergänzungen durch J. Tiedge:

1) Aus dem Stadtrat am 19.5.16:

7.11.	Behindertengerechter Zugang zum Soziokulturellen Zentrum in Sohlen	A0042/16
	SR in Steinmetz, SPD-Stadtratsfraktion	
	SR Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM	

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0042/16 in den Ausschuss FG und in den BA KGM – vor.

Gemäß vorliegenden interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0042/16 wird in den Ausschuss FG und in den BA KGM überwiesen.

Vorschlag: Auftrag an S. Geue zur Mitwirkung in A FG und BA KGM

Einzelheiten:

Der Stadtrat möge beschließen:

In die Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der Landeshauptstadt Magdeburg ist die Anlage eines behindertengerechten Zugangs und einer ebensolchen Toilette im Soziokulturellen Zentrum in Sohlen aufzunehmen.

Um Überweisung in den Finanzausschuss sowie den Betriebsausschuss KGM wird gebeten.

Begründung:

Das Soziokulturelle Zentrum entwickelte sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem Mehrgenerationenhaus. Dort finden die Sitzungen des Ortschaftsrates und der GWA statt. Es ist für die älteren Bewohner und Menschen mit Behinderung nicht möglich an diesem doch sehr wichtigen Sitzungen teilzunehmen, da das SKZ weder über einen behindertengerechten Zugang noch über eine Behindertentoilette verfügt.

Personen mit Behinderung oder Beweglichkeitseinschränkungen ist es nicht möglich zu Veranstaltungen der ansässigen Vereine wie z. B. der Volkssolidarität, dem Heimatverein, der Lesestube oder dem Sportverein in die Vereinsräume zu gelangen. Dies trifft auch für den Zugang zum Bürgerbüro zu. Seit 2013 befindet sich auch das Bürgerbüro für den Ortsteil in dem Gebäude.

Nach der Schließung des alten Standortes (der über einer Rampe zu erreichen war) können Bürger mit Behinderung das Bürgerbüro jedoch nicht mehr erreichen. Selbst die Klingelanlage zum Büro ist nur über die Eingangstreppe zu erreichen. In den öffentlichen Verkehrsmitteln im Ort fehlen ebenfalls die behindertengerechten Zugänge, dadurch sind die Personen mit Einschränkungen auf das Bürgerbüro im Ort angewiesen. Unter Berücksichtigung der Einschätzungen der bereits durch KGM erfolgten Vor-Ort-Prüfung hinsichtlich der Einrichtung eines barrierefreien Zugangs, sollte daher die Aufnahme in die Prioritätenliste erfolgen.

2) Aus dem Stadtrat am 19.5.16:

7.18. Unterstellmöglichkeiten für Bushaltestellen

A0045/16

SPD-Stadtratsfraktion

---

Gemäß vorliegendem Antrag A0045/16 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 896-027(VI)16

Der Oberbürgermeister wird gebeten, über das Dezernat VI nach Möglichkeiten zu suchen, wie an gut frequentierten Bushaltestellen Unterstellmöglichkeiten durch die Landeshauptstadt eingerichtet werden können.

Dies soll vor allem bei Buslinien geprüft werden, die auch nach Abschluss der Baumaßnahmen im Rahmen der zweiten Nord-Süd-Verbindung Bestand haben werden bzw. im Rahmen einer zu erwartenden Angebotsänderung im Bestand der MVB sein werden.

Nur im Antrag A0045/16 enthalten:

Begründung:

Mehrere Bushaltestellen auf gut frequentierten Linien verfügen nach wie vor über keine Unterstellmöglichkeiten für die Fahrgäste. Dies betrifft insbesondere die Bushaltestellen in Beyendorf-Sohlen, die Bushaltestelle Bouquet-Graseweg der Buslinie 52 in Richtung Kastanienstraße, die Bushaltestelle Harzburger Straße oder die Buslinie 55 (Ringverkehr Sudenburg).

Die punktuelle Einrichtung von Unterstellmöglichkeiten auf gut frequentierten Buslinien trägt dazu zu einer höheren Attraktivität des ÖPNV und damit zu einer Verbesserung der Nachfrage bei.

Die Einrichtung von Unterstellmöglichkeiten als Alternative zu kostenintensiveren Haltstellenwartehäuschen mit Werbemöglichkeiten obliegt dem Ermessen der Stadt und bedarf keiner Abstimmung mit Ströer.

Vorschlag: Auftrag an S. Geue zur Mitwirkung. Falls die Linien für BS überhaupt in Betracht gezogen werden sollten, ist darauf hinzuweisen, dass Handlungsbedarf in Beyendorf besteht und dort sogar über den künftigen Standort zu entscheiden ist.

Handlungsbedarf besteht ebenfalls am Anker und am Engel/Klassikhotel

3) Aus dem Stadtrat am 19.5.16:

7.23.	Neujustierung der Nutzungs- und Überlassungsverträge für die soziokulturellen Zentren	A0056/16
	Kulturausschuss	

---

Hierzu liegt der Änderungsantrag A0056/16/1 der SPD-Stadtratsfraktion vor.

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM – Überweisung des Antrages A0056/16 in die Ausschüsse FG und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0056/16 des Kulturausschusses wird in die Ausschüsse FG und VW überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0056/16/1 der SPD-Stadtratsfraktion wird in die Beratung mit einbezogen.

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die zum Teil seit 15 Jahren nahezu unverändert bestehenden Verträge zur Überlassung/Betreibung der soziokulturellen Zentren in der LH Magdeburg **bis zum 1.Quartal 2017** zu überarbeiten.

Ziel ist die Anpassung an die aktuellen Erfordernisse und Rahmenbedingungen von Liegenschaften und Personal an unsere Zeit und deren Berücksichtigung ab dem Haushaltsjahr ~~2017~~ **2018**.

Ein entsprechender Beschlussvorschlag ist dem Stadtrat ~~im September 2016~~ zur Beschlussfassung vorzulegen.

Markierte Passagen sind aus dem SPD-Antrag.

Hier die Begründung aus dem Antrag des Kulturausschusses:

Die vor etwa 15 Jahren begonnene Übertragung der Betreuung der soziokulturellen Zentren in Stadtteilen unserer Landeshauptstadt wie bspw. der Feuerwache Sudenburg, des Volksbades Buckau, des Moritzhofs sowie des Literaturhauses kann als Erfolgsgeschichte beschrieben werden. Mit individuell unterschiedlicher Ausrichtung und zu Grunde liegenden Betreiberkonzepten haben sich alle Einrichtungen nicht nur im jeweiligen Stadtteil sondern weit über die Grenzen Magdeburgs hinaus etabliert, sind zugleich lokale Ankerpunkte für vielfältige Belange (GWA usw.) der Menschen direkt vor Ort und vor allem Stätten der Begegnung und des kulturellen Lebens unserer Stadt, die nicht mehr wegzudenken sind. Sie leben (und sterben oftmals) mit den Akteuren, die sie seit mittlerweile vielen Jahren mit ihren Ideen und dem Atem und Pulsschlag wiederum ihres eigenen Lebens tagtäglich neu erfüllen.

Doch die Situation des Personals und dessen Bezahlung sowie der Bauzustand der einzelnen Liegenschaften stellen sich aktuell unterschiedlich dar und bedürfen dringend einer Neuregelung, die unserer heutigen Realität entspricht und eine zukunftsfeste Betreuung ermöglicht. Dies zu sichern ist das einstimmig beschlossene Ziel dieses Antrages der Kulturausschussmitglieder unserer Stadt, die sich auf dem Weg macht Kulturhauptstadt Europas zu werden.

Bereits 2012 hat der Stadtrat einen Beschluss zur Personalkostenerstattung hauptamtlich Beschäftigter bei freien Trägern der Jugendhilfe (bspw. in den Jugendklubs/KJH) beschlossen, mit dem Ziel ihnen die Möglichkeit zu eröffnen als Obergrenze die Entgeltgruppe des TVÖDs zu gewähren, die auch die LH Magdeburg für die Bezahlung vergleichbaren Personals zu Grunde legt, wenn der entsprechende freie Träger dies auch tatsächlich so im Arbeitsvertrag vereinbart hat und zahlt.

Vorschlag: Auftrag an S. Geue zur Mitwirkung in FG und VW.

4) Aus dem Stadtrat am 19.5.16:

7.25.	Überarbeitung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Magdeburg	A0051/16
	interfraktionell	

---

Hierzu liegt der Änderungsantrag A0051/16/1 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei und der Änderungsantrag A0051/16/2 der Fraktion DIE LINKE vor.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0051/16 in den Ausschuss StBV möglichst in dessen Sitzung am 09.06.2016 – ein.

Die vorliegenden Änderungsanträge A0051/16/1 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei und A0051/16/2 der Fraktion DIE LINKE werden in die Beratung mit einbezogen.

Hier der Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Nahverkehrsplan der Stadt Magdeburg fortzuschreiben und dem Stadtrat unter Berücksichtigung folgender Vorgaben bis Ende 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen:

- Prüfung der Taktung für die Haupt- bzw. Normalverkehrszeit nach Fertigstellung der 2.Nord-Süd-Verbindung auf 10 Minuten
- Gestaltung des Nachtverkehrsangebotes entsprechend dem Angebot des aktuellen Fahrplans
- Festlegung der vorrangig auszubauenden barrierefreien Haltestellen gemäß der Dringlichkeitsliste zur Barrierefreiheit der Landeshauptstadt Magdeburg (Prioritätenliste)

A0051/16/1:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert und um folgenden Punkt erweitert:

- Ausbau des Straßenbahnnetzes: Erweiterung der Straßenbahnverbindung zwischen der Linie 1 Lerchenwuhne, Einrichtungshaus IKEA (Ebendorfer Chaussee/ ehemals Milchhof) in Verbindung mit dem Neustädter Feld, über Hornbach Baumarkt (Silberbergweg), Florapark, Albert-Einstein-Gymnasium und Klinikum Magdeburg (Olvenstedter Graseweg)

Die im Antrag benannten Veränderungen der Bevölkerungszahlen, der Altersstruktur und der sozialen Infrastruktur veranlassen die beschriebene Erweiterung aus folgenden Gründen in die Überarbeitung des Nahverkehrsplanes aufzunehmen, um somit ein zukunftsfähiges, bedarfsgerechtes und nachhaltiges Nahverkehrsangebot sicher zu stellen.

A0051/16/2:

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Nahverkehrsplan der Stadt Magdeburg fortzuschreiben und dem Stadtrat unter Berücksichtigung folgender Vorgaben bis Ende 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen:

- **Diskussion und Aufnahme von Hinweisen und Wünschen der MVB-Nutzer, insbes. der Bewohner/innen unserer Landeshauptstadt, die zuvor im Rahmen eines oder ggf. mehrerer Bürgerwerkstattgespräche bzw. weiterer alternativer Methoden wie bspw. einer Vollerhebung mit Hilfe des Amtes für Statistik zu ermitteln sind;**
- Prüfung der Taktung für die Haupt- bzw. Normalverkehrszeit nach Fertigstellung der 2.Nord-Süd-Verbindung auf 10 Minuten
- Gestaltung des Nachtverkehrsangebotes **mindestens** entsprechend dem Angebot des aktuellen Fahrplans und **unter Berücksichtigung der Auswertung desselben durch die MVB**
- Festlegung der vorrangig auszubauenden barrierefreien Haltestellen gemäß der Dringlichkeitsliste zur Barrierefreiheit der Landeshauptstadt Magdeburg (Prioritätenliste)

Darüber hinaus ist zum möglichen Einsatz von Bussen mit alternativen Antriebssystemen einschl. möglicher Fördermittelkulissen und im Vergleich zu anderen deutschen Städten zu informieren.

*Es wird Überweisung in die Ausschüsse StBV und VW beantragt sowie um entsprechende Befassung der AG VEP 2030 gebeten.*

Vorschlag: Auftrag an S. Geue zur Mitwirkung in AG VEP 2030, Der Antrag, den OR in den Runden Tisch zu Verkehrsfragen einzubeziehen, soll durch ihn erneuert werden.

StBV am 9.6.16: Teilnahme aus AG Geschäftsführung ist zu sichern

5) Aus dem Stadtrat am 19.5.16:

9.4. Schriftliche Anfrage (F0087/16) des Stadtrates Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Haltepunkt Beyendorf-Sohlen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit der Information I0031/15 vom 28.01.2015 wurde der Stadtrat über die geplante Umsetzung von Maßnahmen informiert, deren Prüfung der Stadtrat am 06.11.2014 beschlossen hatte.

Mehrere Maßnahmen (z.B. Hinweisschilder etc.) sollten dabei kurzfristig realisiert werden. Noch ist jedoch eine Umsetzung nicht erfolgt.

Ich frage Sie daher:

1. Wann ist mit der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen zu rechnen?
2. Welchen jeweiligen Stand hat die Umsetzung ggf. derzeit?
3. Welche Hinderungsgründe bestehen ggf.?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

In seiner Beantwortung verweist der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann auf die bereits getroffene Aussage, dass das wesentliche Kriterium der mittelfristige Erhalt der S-Bahn-Verbindung in dem Bereich ist. Er führt aus, dass die Verwaltung mit der NASA in Verbindung steht und legt dar, dass die in der Information aufgeführten Einzelmaßnahmen nur Sinn machen, wenn mittelfristig die Verbindung gesichert wird. Er versichert, dass, wenn der Erhalt der Verbindung zugesagt wird, diese Maßnahmen umgesetzt werden.

Nachfrage des Stadtrates Meister – Bündnis90, DIE GRÜNEN

Also in der Information – ich habe die auch nochmal gelesen -, da waren noch bestimmte Dinge, die jetzt größeren Aufwand fordern. Es ist natürlich tatsächlich so, es muss mittelfristig eine Lösung geben. Da waren aber auch andere Sachen, wie die Anbringung eines Hinweisschildes und das war auch in der Information so formuliert: „Das machen wir jetzt einfach, kostet 60,00 Euro oder sowas“. Das wir da jetzt nicht drauf warten, dass es mittelfristig eine Sicherheit gibt. Deswegen meine Frage.

Beantwortend merkt der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann hierzu an, dass es bei den erforderlichen Maßnahmen auf solche gibt, die über gewisse finanzielle Ansätze hinausgehen und die tatsächlich erst, wenn klargestellt ist, dass das Angebot erhalten bleibt, umgesetzt werden.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Vorschlag: Der OR dankt Stadtrat O. Meister, bittet ihn weiterhin um seine Unterstützung und um die gemeinsame Auswertung der schriftlichen Antwort des Beigeordneten.